

Oberschlesische Zeitung

Samstagnummer 600 M.

Das Volksblatt für Stadt und Land

Einzelnummer 500 M.

Ersteinverlag, Zeugspreis freibleibend, Ausgabe A mit illustrierter Beilage monatlich 12000 Mark, Ausgabe B ohne illustrierte Beilage monatlich 12000 Mark. Preis 10 ct. Anzeigen: Die gewöhnliche Zeilenbreite ober dem Raum 300 Mark, außerordentlich 500 Mark, Restabgabe Zeilenbreite 200 Mark.

Redaktions-Zentrum
Zeichen 459

Pro fide
et patria

Geschäftsstellen-Zentrum
Zeichen 56

Redaktion und Geschäftsstelle: Zeilen 60, Niederstraße 9. Jeder Abonnent erhält im Falle des Todes, Verheirathung durch Unfall vom Betrage einer Unterabgabe die zum Betrage von 500.- Mark. Ein Nachspruch darauf besteht nicht.

Neueste Nachrichten.

Reichsminister Dr. Cuno kehrt laut Berliner Tagesblatt im Laufe des heutigen Tages von seinem kurzen Erholungsurlaub zurück.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigt sich dem Reichstag zufolge am Montag mit der Innen- und außenpolitischen Lage. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den Währungsfragen, zur Frage des werbeständigen Lohns und zu den Steuerfragen soll der Regierung unterbreitet werden. Die Erörterung dieser Fragen soll im Reichstag, wenn möglich in Verbindung mit der Beratung der Reichsfinanzhaushalts, jedenfalls aber noch vor den Sommerferien, erfolgen. Auch die außenpolitische Lage, insbesondere die Lage im Ruhrgebiet, soll in einer politischen Debatte im Reichstag geklärt werden.

Die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und dem Metallarbeiterverband im Reichsarbeitsministerium führten zur Einsetzung eines Schlichtungsausschusses, der heute von neuem einen Schlichtungsbericht über die Tariffrage der Berliner Metallarbeiter fassen soll.

Kaut Bossiger Zeitung sind auch die beiden Parteien bei den gestrigen Verhandlungen so weit entgegengekommen, daß man die Streitfrage in der Berliner Metallindustrie als beendet ansehen kann.

Heute beginnt, wie die Wälder mitteilen, eine überaus wichtige Sitzung des Bundesauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die sich mit der Frage der werbeständigen Löhne beschäftigen soll.

Die Schlichtungsarbeiten der Beamten und Metallarbeiter beruhen gestern über die Einsetzung einer neuen Steuerkommission. Es wurde beschlossen, beim Reichsfinanzministerium dahin vorzutragen, daß der Senat für die neuen Verhandlungen noch nicht auf einen Tag in dieser Woche angefragt wird.

Romane Antwort erwartet man erst morgen. Nach dem Charakter der Antwort wird es sich entscheiden, ob in den nächsten französischen Verhandlungen ein neues Kapitel beginnen wird.

Nach Befriedigung des verschärften Belagerungszustandes kann es in der Nacht zum Sonntag in einzelnen Stadtteilen in Duisburg zu Schießereien. Dabei wurde im Stadteil Veet ein 16jähriger junger Mann durch einen Schuß verletzt. Er soll inzwischen im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen sein.

England will keine Conderaktion unternehmen.

London, 3. Juli. Nach einer Reuters-Meldung ist man in offiziellen Londoner Kreisen überallhin von der Meinung, daß England eine sofortige Regelung mit Frankreich erzwungen werde. Es sei vorzuziehen, von einem geordneten Vorgehen Englands gegenüber Deutschland zu reden.

Aus dem Völkerverbund.

Genf, 3. Juli. Außer der Saatzfrage stehen noch verschiedene andere, die deutsche Öffentlichkeit interessierende Fragen, auf der Tagesordnung des Völkerverbundes. 1. Verschärfte Danziger Angelegenheiten, darunter die Einkünfte Danzigs, die Regelung des Passbuchs für nach und aus Polen reisende Danziger. 2. Die Auslegung des Artikels 4 des Minderheitsvertrages vom 28. Juni 1919. Die Behandlung dieser Frage ist auf die Beschwerde des Deutschenbundes in Polen hin trotz großen polnischen Widerstandes auf der Tagesordnung gesetzt worden.

Kemal unnahelbar.

Rom, 2. Juli. Nach hiesigen Blättern werden soll Mustafa Kemal Pascha nach einem stürmischen Ministerialrat dem türkischen Delegationsführer in Lausanne, Ismet Pascha telegraphisch haben, daß die Türken in der Frage der ottomanischen Schuld und der Unabhängigkeit der Räumung Konstantinopels auf keinen Fall noch weiter nachgeben können.

Das Schreiben des Papstes.

Der genaue Wortlaut des Schreibens des hl. Vaters liegt nunmehr vor.

Herr Kardinal! Als Wir Sie am Anfang Unseres Pontifikates mit Sorge um die letzten und voll durch um die künftigen Hebel in einem für die Ruhe Europas und des Weltfriedens entscheidenden Augenblicke beauftragten, den Vertretern der in Gemeinschaft zur Beratung versammelten Völker unsere Wünsche und Wünsche auszuwirken, luden Wir auch zur Überlegung ein, wie sehr sich das Glück und die drohenden Verhältnisse Europas verschlimmern würden, wenn jeder Versuch einer aufrichtigen Verständigung und dauernden Verständigung mißlingen würde.

Nach kann mehr als einem Jahr braucht nicht gesagt zu werden, wie sehr sich Unsere Vorstellungen bewahrheitet haben. In dieser kurzen Zeit haben sich die internationalen Beziehungen nicht nur nicht gebessert, wie man nach der Konferenz von Genoa erwarten durfte, sondern sie haben sich eher noch verschlechtert, so daß sie zu neuen ersten Verwicklungen für die Zukunft Anlaß geben. Welches Herzleid Uns das zusetzt, wissen Sie, Herr Kardinal, sehr gut als tätiger Zeuge und Mitarbeiter Unserer Verhandlungen. Uns gemeinsamer Vater und Oberhaupt der gesamten christlichen Familie können Wir gegenüber der Welt und den Gesetzen Unserer Kinder nicht gleichgültig bleiben, nach dem Beispiel des hl. Paulus, der sagte: „Wer wird schwach, ohne daß ich schwach werde, wer wird getragert, ohne daß ich erdreibe.“ (2. Kor. 11, 12.)

Indem Wir nun mit allen Unseren Kräften und allen Mitteln, die Unsere Kinder zu diesem Zwecke in Unsere Hand legen, uns bemühen, die so großen und allgemeinen Not der Gegenwart zu lindern, müssen Wir eine jede sich Uns bietende Gelegenheit benutzen, um auf irgendeine Weise an der pflichtmäßigsten Aufgabe der heilig ererbten Vernehmung und der Erneuerung der Völker und Völkerverbände in Christo mitzuwirken.

Wenn daher eine Regierung der meistbeteiligten Mächte neue Vorschläge und diplomatische Verhandlungen vorbereitet, um eine freundschaftliche Lösung der Frage zu finden, die das Vertrauen Europas und daher unendlich alle anderen Völker beschäftigt, haben Wir es für Unsere Pflicht, wieder Unsere selbstlose und unparteiische, sowie für alle noch vollkommene Stimme zu erheben, wie es für uns durch den gemeinsamen Vater aller geziemend. Eingedenk der ersten Verantwortung, die in diesem Augenblicke auf Uns und jeden lastet, die die Geschichte der Völker in den Händen haben, beschwören Wir daher Euch, noch einmal die verschiedenen Fragen und namentlich die Frage der Wiedergutmachungen mit jenen christlichen Geistes zu prüfen, der die Wünsche der Gerechtigkeit mit jenen der sozialen Menschlichkeit vereinigt, auf die sich die Verwirklichung der menschlichen Gesellschaft stützt. Falls der Schuldner zur Tilgung der schweren Schäden, die einst blühende Gegenden mit ihren Bewohnern erlitten haben, seinen festen Willen beweist, zu einer gerechten und

Frankreich kann die Wahrheit nicht hören.

Rom, 2. Juli. In vatikanischen Kreisen macht man aus der diplomatischen Spannung, die infolge der Kundgebung des Papstes zwischen dem Vatikan und der französischen Regierung hervorgerufen wurde, keinen Hehl. Man weiß jedoch darauf hin, daß die Völkerverbund des Papstes durchaus keinen französisch-feindlichen Charakter habe und ohne jeden fremden Einfluß entstanden sei. Man hofft in Rom, daß in Frankreich und Belgien eine sachlichere und besonnenere Bewertung der Passivnote Platz greifen werde.

Dubois und der Papstbrief.

Paris, 3. Juli. Der Erzbischof von Paris, Kardinal Dubois, erklärte dem Abgeordneten de Gaillard-Bancel in einem Schreiben vom 1. Juli, der Papst wolle in seinem

unabhängigen Verhandlung zu gelangen, indem er ein unparteiisches Urteil über die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit anruft und die Verpflichtung übernimmt, den Schlichter jedes Material der Wahrheit und genauen Kontrolle zur Verfügung zu stellen, erfordere Gerechtigkeit und soziale Menschlichkeit ebenso wie das Interesse der Gläubiger und der Völker selbst, die der Kämpfe müde sind und sich nach Ruhe sehnen, daß vom Schuldner nichts verlangt wird, was er nicht geben kann, ohne dadurch seine eigenen Hilfskräfte und seine Leistungsfähigkeit mit nicht wieder auszumachenden Schäden für ihn und seine Gläubiger zu beeinträchtigen, was die Gefahr sozialer Störungen in sich bergen würde, die ganz Europa in das größte Unglück stürzen und daß hervorgerufen würde, der eine ständige Drohung mit neuen Konflikten werden würde.

Obwohl gerecht ist es, daß die Gläubiger ihren Guthaben entsprechende Garantien für die lebenswichtigen Zahlungen erlangen. Sie müssen erwidern, ob es zu diesem Zwecke notwendig ist, auf jeden Fall Gebietsbesetzungen aufrechtzuerhalten, die sowohl der bestehenden Macht als auch dem bestehenden Gebiete schwere Opfer auferlegen, oder ob es nicht ratsam wäre, sie dann auch allmählich durch andere Sicherungen zu ersetzen. Wenn letzteres diese friedliche Ansicht geteilt wird und schließlich die Härten der Besetzung ein Ende nehmen und die Besetzung allmählich beendet wird, bis sie ganz aufgehört, so könnte endlich jene aufrichtige Völkervereinigung erreicht werden, die die unerlässliche Vorbedingung auch für den von allen erwünschten wirtschaftlichen Wiederaufbau bedeutet.

Eine solche Verständigung und ein solcher Wiederaufbau ist eine derartig große Wohltat für die friedlichen und besetzten Völker, daß kein erdendliches Opfer zu schwer sein sollte, um sie zu erlangen. Aber weil eben diese Wohltat so großartig ist, muß sie einzig und allein durch die außerordentliche Gnade Gottes erlangt werden, von dem eine jede gute Tat und jedes vollkommene Geschenk kommt (Mat. 1, 12). Wir richten daher die Bitte an Gott, in dessen Hand die Herzen der Regierenden liegen, und laden die christlichen Völker zu dem gemeinsamen inbrünstigen Gebete ein, damit Gott allen friedliche Gedanken und nicht Verbitnis einflöße und mit den friedlichen Gedanken auch die herzerquickenden Kräfte zu einer Verwirklichung und die Kraft zu ihrer Vollendung einbeuge. Dann werden wir auch zur gemeinsamen Freude die Bitte verwirklicht sehen, die die Kirche in der Liturgie ihren Dienern auf die Lippen legt: „Wir, o Herr, so bitten wir, daß der Weltlauf auf dein Geheiß sich für uns friedlich vollziehe und deine Kirche sich ruhiger Frömmigkeit erfreue.“

Am Ende des Ausdrucks dieser Wünsche und Gedanken, die Wir schon oft ausgesprochen haben, wiederholen, ertheilen Wir Ihnen, Herr Kardinal, von Herzen den Apostolischen Segen.

Aus dem Vatikan, 24. Juni 1923.
Pius XI., Papst.

Briefe eine friedliche Ausöhnung in Gerechtigkeit und Caritas. Der Papst sage auch indirekt, warum man vom Frieden noch so weit entfernt sei, weil nämlich der Besiegte keinen Beweis eines wirklich guten Willens gab und weil er durch seine ewige Strenge seine Fahrgangsfähigkeit fehlstellen ließ. Der Papst wolle die Gerechtigkeit der Gegenseite, die in einem Verhältnis zu der Bedeutung der Schuldforderungen stehen müßten. Die Aufhebung wolle Pius XI. nicht beurteilen. Der päpstliche Brief enthalte also nichts, was den französischen Patriotismus verletzen könne.

Der Verräter.

Moskau, 2. Juli. In einer ersten nach seiner Freilassung gehaltenen Predigt forderte der Patriarch zu einer scharfen Trennung von Kirche und Politik auf. Er erklärte die Beschlüsse der Reichstagskommission für nichtig.

Mittwoch französische Antwort auf den englischen Fragebogen.

London, 2. Juli. Es ist wahrscheinlich, daß die französische Antwort auf den britischen Fragebogen vor Mittwoch überreicht werden wird. Die neue Verabredung schreibt man der Tatsache zu, daß das neue belgische Kabinett erst morgen sein Amt übernehmen wird. Der französische Vorschlag beschränkt im britischen auswärtigen Amt mit einem der zukünftigen Getreide Punkte der Lausanne Konferenz, hatte aber nicht eine Unterredung mit Lord Curzon, da Lord Curzon erst am Abend aus der Provinz nach London zurückkehrte. Gleichzeitig verweigerte Baldwin im Unterhaus eine Antwort auf eine Frage, die direkt auf diese Situation hingielte. Er verzögerte dem Parlament, das ansehend wegen der Verständigung gerätet war, die Regierung te alles, was in ihrer Macht liege, zur Beschleunigung. Die Gerüchte, daß man die Vereinigten Staaten herbeiziehen werde, um gemeinsam mit Großbritannien einen Druck auf Frankreich auszuüben, damit es seine Schuld zahle, wurde in britischen Kreisen als lächerlich hingestellt.

Aus dem Ruhrgebiet.

Das Fiasko der Ruhrbesetzung.

Essen, 2. Juli. Trotz aller Anstrengungen ist es der französischen belgischen Eisenbahngesellschaft im Monat Juni nicht gelungen, die Transporte im wesentlichen zu heben. Ihre Leistungen gehen nicht erheblich über ein Drittel der von Deutschland vor dem Ruhereinbruch geleisteten Leistungen hinaus. Die Höchstzahl der Leistungen im Juni betrug 1180 Wagen (6. Juni), das entspricht einer Menge von 17 1/2 Tausend Tonnen. Dagegen ist dieseiffer in den folgenden Tagen bis auf 245 Wagen heruntergegangen. Später hat sich allerdings der Transport gesteigert, ohne die am letzten Juni erreichte Höhe wieder zu erreichen. Der Abtransport von Kohle und Holz auf dem Wasserwege ist ganz unbedeutend. Er hat im Monat Juni die Höhe von 20 000 Tonnen nicht überschritten.

Abriegelung des besetzten Gebietes.

Essen, 2. Juli. Der Armeestab in Düsseldorf macht folgende Verfügung bekannt: Wegen des Attentats in Duisburg wird die Gültigkeit aller bis 1. Juli an deutsche Zivilpersonen erteilten „Geldscheine (Klein-, Kleinscheine usw.) aufgehoben. Das Verbot der Grenze des besetzten Gebietes ist für deutsche Zivilpersonen unterzogen, doch soll die Lebensmittelversorgung unbeeinträchtigt bleiben. Das Verbot ist für die Dauer von 14 Tagen vorgesehn. Neue Geldscheine sind erst vom 15. Juli ab gültig. Der Auslandsverkehr durch die besetzten Gebiete wird hierdurch nicht berührt. Für Ausnahmefälle sind für die Zeit der Sperrung Erleichterungen vorsehn. Die Oberkommission hat dieser Verfügung ihre Zustimmung erteilt.

Am 2. Juli. Der Beschluß der Rheinland-Kommission, die Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet auf 14 Tage zu sperren, ist auch für die englische Zone dadurch wirksam geworden, daß die Franzosen ab Sehnen die Weiterreise aller Reisenden verhindern. Bei Wohnort ist der Verkehr zwar noch nicht gesperrt, jedoch ist hier, da Wohnort vom unbesetzten Gebiet aus hinter Sehnen liegt, eine Sperrung auch nicht nötig.

18 Tote.

Die Zahl der bei dem Sprengstoffattentat auf die Duisburger Rheinbrücke ums Leben gekommenen belgischen Militärpersonen hat sich im Laufe der Nacht auf 18 erhöht. Eine Anzahl der Verwundeten befindet sich in einem kritischen Zustand. Samstag, 2. Juli. Bei dem Eisenbahnunglück auf der Duisburger Brücke soll auch ein französischer General ums Leben gekommen sein.